

Politiken des Lebens - ein Lehr- und Ausstellungsprojekt in Zeiten der Covid-19- Pandemie

Ludwig, Gundula; Schulz, Philipp

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ludwig, G., & Schulz, P. (2020). Politiken des Lebens - ein Lehr- und Ausstellungsprojekt in Zeiten der Covid-19-Pandemie. *Femina Politica - Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 29(2), 149-152. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v29i2.29>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Neue CEWS-Themenseite „Geschlechtsbezogene und sexualisierte Gewalt in der Wissenschaft“

Das Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) hat zum Thema geschlechtsbezogene und sexualisierte Gewalt in der Wissenschaft wertvolle Informationen zusammengestellt. Verschiedene Unterseiten bieten einen Überblick über internationale Forschungsliteratur, Befragungsstudien, Ressourcen und Schulungsmaterialien sowie Positionspapiere und Leitfäden für die Wissenschaft und den rechtlichen Hintergrund in Deutschland. Die Themenseite folgt einem feministischen Verständnis von Gewalt, welches nichtkörperliche Gewaltakte, beispielsweise sexistische Hassrede im Internet, mitbeachtet.

Link: <https://www.gesis.org/cews/themen/geschlechtsbezogene-und-sexualisierte-gewalt>

Politiken des Lebens – ein Lehr- und Ausstellungsprojekt in Zeiten der Covid-19-Pandemie

GUNDULA LUDWIG. PHILIPP SCHULZ

Lehre in Zeiten der Pandemie

Als sich Anfang März 2020 abzeichnete, dass angesichts der Covid-19-Pandemie die Lehre im Sommersemester in ganz neuer Form stattfinden würde, war dies für die allermeisten Studierenden und Mitarbeitenden an Universitäten und Hochschulen ein großer Einschnitt. Nicht nur die Lehr- und Lernbedingungen stellten sich plötzlich ganz anders dar, sondern das gesamte Leben: Homeoffice und Online-Lehre, Kontaktbeschränkungen, Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, der Verlust von Jobs bei vielen Studierenden sowie Sorgen und Unsicherheit als Alltagsbegleiterinnen waren die neuen Rahmenbedingungen und erzeugten neue Herausforderungen. Auf diese Ausnahmesituation wollten wir als zwei Mitarbeiter*innen am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen auch in der Lehre reagieren. Denn als Sozialwissenschaftler*innen sehen wir es als eine wichtige Aufgabe der Lehre an, Studierende dabei zu begleiten, Kompetenzen zu erwerben, um die Gegenwart zu verstehen und kritisch hinterfragen zu können. Vor diesem Hintergrund haben wir uns entschieden, die Corona-Krise im Sommersemester 2020 explizit zum Thema in der Lehre zu machen. Entstanden ist so das Seminar von Gundula Ludwig, „Politiken des Lebens. Die aktuelle ‚Corona-Krise‘ aus der Perspektive der Politischen Theorie“, das sich mit intersektionalen Perspektiven der Covid-19-Pandemie näherte. Auch das Seminar von Philipp Schulz, „Geschlechterperspektiven zu Frieden und Sicherheit in den Internationalen Beziehungen“, wurde

entsprechend adaptiert und um Sitzungen zur Covid-19-Pandemie unter expliziter Berücksichtigung von Geschlechter- und post-kolonialen Perspektiven erweitert. Aus diesen Lehrveranstaltungen resultierte das gemeinschaftliche Projekt „Politiken des Lebens in Zeiten der Covid-19-Pandemie: Eine Digitale Ausstellung“, das im Rahmen der Sonderausschreibung „Corona-Krise und die Humanities“ der interdisziplinären Verbundforschungsplattform „Worlds of Contradiction“ der Universität Bremen von Juni bis November 2020 gefördert und in enger Zusammenarbeit mit Studierenden aus den beiden Seminaren ausgestaltet wurde. An dem Projekt waren zudem Nadine Rose (Professur für Allgemeine Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Bildungstheorie an der Universität Bremen) als Beirätin sowie drei studentische Hilfskräfte beteiligt: Gunnar Bantz, Renée Gerber und Sara Teresa Kirch. Das Resultat des Projekts ist eine digitale Ausstellung „Covid-19 – ein Mosaik. Politiken des Lebens in Zeiten der ‚Corona-Krise‘“, die im November 2020 mit Beginn des Wintersemesters eröffnet wird.

Die Corona-Krise als gesellschaftliche Krise

Das kollaborative Projekt basierte auf der Prämisse, dass es sich bei der gegenwärtigen Corona-Krise um eine umfassende gesellschaftliche Krise handelt, in der sich bereits bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten verdichten. Wenngleich das Virus alle Menschen gleichermaßen treffen könnte, verketteten sich in den globalen, nationalen und lokalen Politiken zur Eindämmung der Pandemie bestehende Diskriminierungen und gesellschaftliche Ausschlüsse. Sowohl das Risiko einer Erkrankung wie jenes, von den sozio-ökonomischen Konsequenzen der politischen Maßnahmen und Reaktionen auf die Pandemie in negativer Weise betroffen zu sein, ist entlang von intersektionalen gesellschaftlichen Ungleichheitsstrukturen – also von Klassen-, Geschlechter-, Sexualitätsverhältnissen sowie im Kontext neokolonialer Machtformationen und nationalstaatlicher Zugehörigkeiten – sehr unterschiedlich verteilt. Während Menschen in Geflüchtetenlagern auf griechischen Inseln weiterhin ungeschützt waren, wurden gleichzeitig deutsche Urlauber*innen in groß angelegten Rückholaktionen nach Deutschland geflogen. Wohnungslose Menschen blieben weitgehend schutzlos den Gefahren einer Ansteckung ausgesetzt, während aufgrund von Reisebeschränkungen tausende Hotelzimmer leer standen. Das Zuhause wurde als Ort von absoluter Sicherheit und Schutz ausgerufen, aber häusliche Gewalt gegen Frauen* und Kinder in eben diesen Räumen nahm in der Zeit des Lockdowns stark zu. Während die Corona-Krise rasch verdeutlichte, dass gerade jene Tätigkeiten, die meist gering entlohnt, prekär abgesichert, wenig prestigehaft sind und oft von (migrantischen) Frauen* ausgeführt werden, systemrelevant sind, zeichnet sich in der Krisenbewältigungspolitik ein androzentrischer Bias ab: Nun werden Fluglinien gerettet, während die Bezahlung von systemrelevanten Pflegeberufen gleich schlecht bleibt. Dementsprechend sind sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung und Lehre dazu aufgefordert, in den Krisenbewältigungs-

politiken Kontinuitäten gesellschaftlicher Ungleichheiten aufzuzeigen. Denn die Corona-Krise macht wie ein Brennglas gesellschaftliche Widersprüche sichtbar, die bereits davor existierten: Es ist nicht neu, dass ‚systemrelevante Tätigkeiten‘ meist schlecht bezahlt und gering anerkannt sind, Menschen in ungleicher Weise Schutz und Sicherheit erfahren, Pflege- und Betreuungsverantwortungen ungleich verteilt sind, Gesundheitsversorgung nicht nach neoliberalen Parametern organisiert werden kann und ein heteronormatives Familienmodell für viele Frauen* (und Kinder) kein Ort der Sicherheit, sondern von Arbeit und Gewalt ist.

Um die Corona-Krise als umfassende gesellschaftliche Krise verstehen zu können, wurde in dem Projekt eine breite gesellschaftstheoretische Perspektive eingenommen, die sich auf postkoloniale, feministische, queere, rassismus-, kapitalismus- und ability-kritische Blickwinkel bezog. Darüber hinaus war ein interdisziplinärer Dialog zwischen Ansätzen aus Politikwissenschaft, Soziologie, Philosophie, Ökonomie, Kulturwissenschaft und Medizingeschichte unabdingbar. Diese Perspektiven wurden in dem Projekt zu einem vielstimmigen Mosaik zur Covid-19-Pandemie verbunden.

Dadurch entstand eine digitale Ausstellung, deren Exponate hauptsächlich aus Präsentationen (Audio-, Video- und Text-Formate) bestehen, die die Studierenden in den Seminaren erarbeitet hatten. Ergänzt wurden diese Präsentationen durch Beiträge, die im Rahmen unserer Kooperation mit außeruniversitären Partner*innen wie zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Aktivist*innen (u.a. F*-Streik Bündnis Bremen, Mission Lifeline, maiz) gestaltet wurden.

Die Ausstellung ist als Dauerausstellung konzipiert. Thematisch ist sie in sieben Räume unterteilt, die die Besucher*innen virtuell betreten können, und in denen die multi-medialen Inhalte abrufbar sind. Den unterschiedlichen Räumen liegt jeweils ein thematischer Schwerpunkt zugrunde: 1. Politiken der Immunisierung; 2. Politiken der Freiheit; 3. Politiken der Sorge; 4. Politiken der Ausbeutung; 5. Politiken der Ungleichheiten; 6. Politiken der Verletzbarkeit; 7. Politiken der Solidarität. Ziel ist, das gemeinsam mit den Studierenden erarbeitete Mosaik zur Corona-Krise einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und einen hochschulübergreifenden Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Diskussionen zu ermöglichen. Die Exponate beziehen sich zwar auf wissenschaftliche Ansätze und Debatten, adressieren aber ein breites Publikum. Das Projekt will deutlich machen, wie wichtig in der Covid-19-Pandemie interdisziplinäre, (queer-)feministische, post- und dekoloniale, rassismus- und kapitalismuskritische Perspektiven sind, um soziale Ungleichheiten und Widersprüche aufzudecken. Zudem veranschaulicht das Projekt, dass kritische Wissenschaft und Lehre in Zeiten eingeschränkter Öffentlichkeit und Präsenzkommunikation kreative Dialoge zwischen Lehrenden, Studierenden und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen braucht.

Die Corona-Krise zeigt, wie brüchig die gesellschaftliche Ordnung ist und wie unabdingbar neue globale Politiken des Lebens sind, die nicht auf Herrschafts-, Ungleichheits- und Ausbeutungsverhältnissen beruhen. In diese Gemengelage gilt es nun, zu

intervenieren und neue Imaginationen von Solidarität und Zusammenleben voranzutreiben. Denn ob die Krise auch zu positiven Veränderungen führt oder vorrangig Ungleichheiten und Ausschlüsse verstärkt werden, wird von sozialen Auseinandersetzungen und der Ausgestaltung globaler gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse abhängen. Einen emanzipatorischen Beitrag dazu zu leisten, stellt das Grundanliegen der digitalen Ausstellung dar. Die Ausstellung kann unter www.covid19-mosaik.de besucht werden.

Die Gleichstellungstiftung kommt – aber was ist ihr Auftrag?

REGINA FREY

Endlich kommt sie, die Einrichtung für Gleichstellung auf Bundesebene: Anfang Juli 2020 beschlossen die Regierungsparteien, eine „Gleichstellungstiftung“ zu gründen. Noch ist jedoch unklar, was genau eine solche Institution leisten kann und soll.

Bereits die Pekinger Aktionsplattform von 1995 betonte, dass Regierungen spezifische Institutionen benötigen, um Gleichstellung als Querschnittsaufgabe des Regierungshandelns zu verankern (United Nations 1996, 84ff.; Frey/Scheele 2015). Auch enthält das Grundgesetz seit 1994 den Verfassungsauftrag zur Förderung der „tatsächliche(n) Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ und der „Beseitigung bestehender Nachteile“. Zwar wurde 2003 das GenderKompetenzZentrum an der Humboldt-Universität zu Berlin eröffnet, das die Bundesressorts in der Umsetzung von Gender Mainstreaming unterstützte. Das Zentrum war jedoch nicht gut institutionell verankert, personell dünn ausgestattet, und wurde nach acht Jahren unter der damaligen Bundesgleichstellungsministerin Kristina Schröder nicht weiter gefördert. Eine Unterstützungsstruktur für Gleichstellung ist somit seit einem Jahrzehnt eine Leerstelle – trotz beständiger internationaler und europäischer Anforderungen und Impulse, zuletzt die neue Gleichstellungsstrategie der Europäischen Kommission (2020, 18).

Das Verfassungsmandat nutzte der Gleichstellung also bisher wenig, auch wenn andere Ressorts schon lange mit gut ausgestatteten Wissensinstitutionen unterschiedlichster Rechtsformen arbeiten, z.B. dem Umweltbundesamt, dem Deutschen Jugendinstitut, dem Deutschen Zentrum für Altersfragen oder der Bundesstiftung Baukultur (Geppert/Spangenberg o.J.; Erfurt Sandhu 2018). Nachdem aber auch die Sachverständigen für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung die Einrichtung eines Instituts für Gleichstellung empfahlen (Bundesregierung 2017, 232), schaffte es das Vorhaben 2018 in den Koalitionsvertrag (CDU/CSU/SPD 2018,